

Gerhard Schüsselbauer, Gesamteuropäisches Studienwerk e.V., Vlotho



TSCHECHISCHE REPUBLIK (Česká republika)

Fläche	78.886 km ² (vergleichbar mit Bayern)
Einwohner	10,45 Mio. (vergleichbar mit Baden-Württemberg)
Hauptstadt	Praha/Prag (1,2 Mio. Einwohner, vergleichbar mit München)
Sprache	Tschechisch
Staatsform	Parlamentarische Republik Zwei-Kammern-System mit Abgeordnetenhaus (200 Sitze) und Senat (81 Sitze) Staatspräsident Václav Klaus (seit 2003 im Amt, wiedergewählt im Februar 2008); ernennt den Ministerpräsidenten, oberste Richter und verfügt über ein suspensives Veto bei Gesetzesvorhaben Ministerpräsident Jan Fischer leitet seit Mai 2009 eine partei-unabhängige Übergangsregierung, bestehend aus Experten.
Religion	27 % katholisch; 2,3 protestantisch; andere christliche Kirchen ca. 3,5 % die Mehrheit, knapp 60 Prozent, ist konfessionslos
BIP/Einwohner	21.600 € (nach Kaufkraftstandard, Stand 2008) zum Vergleich: BIP/Kopf in Deutschland ca. 29.300 € Niveau des BIP/Kopf: 84 % des Durchschnitts der EU (27)
BIP-Wachstumsrate	4,4 % (2008) Prognose für 2009: -1,7 %
Wirtschaftssektoren	davon Anteil der Beschäftigten in:
Landwirtschaft	4,6 % Dienstleistung: 54,6 % Industrie: 40,8 %
Inflationsrate	6,3 % (Ende 2008), Prognose für 2009: 1,1 %
Arbeitslosenquote	5,6 % (Mitte 2009)

Aus historischen („**Rückkehr nach Europa**“ und speziell „**Rückkehr in die Mitte Europas**“) und politischen Erwägen genießt der 2004 erfolgte Beitritt der Tschechischen Republik zur EU einen hohen Stellenwert in der tschechischen Außenpolitik. Auch wenn die Tschechische Republik (gegründet 1993 nach der Auflösung der Tschechoslowakei) im völkerrechtlichen Sinne ein sehr junges europäisches Land darstellt, fühlt sie sich dem europäischen Vermächtnis ihrer früheren Staatsgebilde verpflichtet und weist immer wieder auf die Jahrhunderte alte Tradition der multikulturell ausgerichteten tschechischen Gesellschaft in der Mitte Europas hin. Für die Tschechische Republik hat auch die Verbesserung der mitunter nicht immer konfliktfreien Beziehungen zu den

Nachbarstaaten, vor allem zu Deutschland und Polen, eine besondere Bedeutung. In den Beziehungen zu Deutschland stellen die Diskussionen um die Wirksamkeit der **Beneš-Dekrete**, die die Enteignung und Vertreibung der sudetendeutschen Bevölkerung am Ende und nach dem Zweiten Weltkrieg regelten, eine Belastungsprobe dar. Deutsche Interessengruppen (Vertriebenenverbände) möchten diese Dekrete gänzlich abgeschafft wissen, das tschechische Parlament und der tschechische Staatspräsident halten jedoch an den Dekreten, die im Grunde genommen seit fast 60 Jahren keine rechtliche Wirkung mehr entfalten, fest.

Das politische System seit 1989

Die Tschechische Republik (Tschechien; vormals Tschechoslowakei, nicht „Tschechei“, dieser Begriff ist historisch aus der Zeit des Dritten Reiches belastet) ist schon immer einen eigenen Weg gegangen (z. B. „Prager Frühling“ 1968 – Aufstand gegen die kommunistische Herrschaft). Im November 1989 fand die „Samtene Revolution“ statt, die den Schriftsteller und Regime-Kritiker Václav Havel zum Präsidenten machte. Seit Ende 1989 hat sich eine politische Demokratie, basierend auf pluralistischen Prinzipien entwickelt. Tschechien hat einen friedlichen Übergang vom sozialistischen Einparteiensystem hin zu einem Mehrparteiensystem geschafft. Die Grundlagen des Staates – **Demokratie, Rechtsstaat und Pluralismus** – sind fest verankert. Auch die Verfassungsorgane arbeiten einigermaßen effizient. Dennoch müssen noch viele Reformen im Sozialbereich, in der staatlichen und besonders in der Justizverwaltung sowie bei der Regionalisierung/Dezentralisierung durchgeführt werden.

Die Tschechische Republik ähnelt durch das Vorhandensein einer konservativ-bürgerlichen und einer halblinken, sozialdemokratischen Richtung (35,4 % Stimmenanteil für die bürgerlich-demokratische Partei ODS sowie 32,3 % für die sozialdemokratische Partei ČSSD bei den letzten Wahlen im Juni 2006) sowie einiger kleineren Parteien dem westeuropäischen Parteienspektrum. Allerdings gibt es eine echte kommunistische Partei KSČM, die bei den letzten Wahlen immerhin 26 der 200 Parlamentssitze erringen konnte. Erstmals zogen die Grünen mit 6 Sitzen ins Prager Abgeordnetenhaus ein. Somit entstand rein rechnerisch eine Pattsituation bestehend aus dem **bürgerlich-christdemokratisch-grünen** Lager (100 Sitze) und dem **sozialdemokratisch-kommunistischen** Lager (ebenfalls 100 Sitze). Nach mehreren Versuchen der Regierungsbildung gelang es dem bürgerlich-christdemokratisch-grünen Lager im Januar 2007, eine Regierung mit **Ex-Ministerpräsident Mirek Topolánek** an der Spitze zu bilden. Deren Trägfähigkeit war immer wieder von wechselnden Konstellationen und der Suche nach Abstimmungsmehrheiten abhängig. Besonders ausgeprägt ist die EU-skeptische Haltung des Staatspräsidenten Václav Klaus, der sich selbst als „Euro-Realisten“ bezeichnet und hinsichtlich einer weiteren Vertiefung der EU und der Ausdehnung der EU-Kompetenzen im Rahmen des Lissaboner Reformvertrags als Bremser fungiert. Nach dem Sturz von **Ex-Ministerpräsident Mirek Topolánek** im April 2009 führt nun der parteilose Jan Fischer eine Übergangsregierung, bestehend aus Fachleuten aus verschiedenen Ressorts.

Der tschechische Medienmarkt entspricht immer mehr den westlichen Angeboten. So beherrschen private Fernseh- und Rundfunkstationen mit vielfach anspruchlosen Angeboten mehr als drei Viertel des Marktes. Ein großes Problem besteht nach wie vor in dem bestehenden Zentralismus. Dieser hat allerdings in Tschechien eine durchaus lange Tradition.

Formalrechtlich entsprechen die tschechischen Gesetze den **Anforderungen der EU**. Jedoch gibt es wegen der geringen und unzureichenden Fortbildung der Richter oder wegen langwieriger Gerichtsverfahren erhebliche Defizite bei der Umsetzung. Die

Vorgaben der Anpassung an die vier Freizügigkeiten des Binnenmarktes (Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital) sind bisher zügig umgesetzt worden. Besonders bei der Wahrung der Menschenrechte und des Minderheitenschutzes zeigen sich Lücken. So werden **Roma** im Wirtschaftsleben benachteiligt (z.B. niedrigere Löhne, Beschäftigung ohne Arbeitsvertrag) oder ihnen wurde die Einbürgerung verweigert, obwohl sie in der Tschechischen Republik leben. Bedenklich ist in diesem Zusammenhang, dass laut Umfragen die Toleranz gegenüber Minderheiten auf einem niedrigen Niveau verharrt. Das Gesetz über die Rechte nationaler Minderheiten, das im August 2001 in Kraft getreten ist, stärkt den Rechtsrahmen für den Schutz von Minderheiten. Schon im August 2000 wurde ein Regierungsprogramm für die Roma (das „Konzept für die Integration der Roma“) angenommen, das in der praktischen Umsetzung wegen der sozialen Ausgrenzung jedoch vielfach auf konkrete Hürden stößt.

Auf bilateraler Ebene versucht die Tschechische Republik, ihre Beziehungen zu den mittel- und osteuropäischen Nachbarstaaten zu intensivieren. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird vor allem durch die Euroregionen praktiziert, z. B. in der Euroregion Šumava (Böhmerwald – Bayerischer Wald). Als großer Fortschritt auf dem Weg zur Integration in den Westen wurde in Tschechien die Aufnahme des Landes im März 1999 in die **NATO** angesehen.

Wirtschaftliche Entwicklung

Das **Bruttoinlandsprodukt (BIP)** Tschechiens ist eines der höchsten der neuen EU-Staaten aus dem östlichen Mitteleuropa, der ehemaligen so genannten postsozialistischen Transformationsländer. Die Volkswirtschaft zeichnet sich durch ein kontinuierliches Wachstum bei bislang gemäßigter, jedoch jetzt deutlich ansteigender Inflation aus. Tschechien hat beim BIP pro Einwohner bereits 84 % des Durchschnitts der EU (27) erreicht und will bis 2012 bzw. 2013 zum EU-Durchschnitt aufschließen. Das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt ist nur wenig geringer als beispielsweise das Niveau Griechenlands oder Portugals. Auch bei sozioökonomischen Indikatoren, wie der Säuglingssterblichkeit, dem Bildungsniveau oder dem Alphabetisierungsgrad, schneidet Tschechien im internationalen Vergleich entwickelter Länder gut ab.

Das **Defizit des Staatshaushaltes** lag 2007 wegen gestiegener Steuereinnahmen aufgrund des wirtschaftlichen Aufschwungs bei 2,0 % des BIP. Die ehemalige Regierung Topolánek strebte in ihrem Ende 2007 aktualisierten Konvergenzprogramm auf der Grundlage tief greifender Reformen (Rentensystem, Gesundheitssystem und Arbeitsmarktreform) ein Defizits von 3 % des BIP im Jahr 2008, danach ein Defizit von 2,6 % in 2009 und 2,3 % in 2010 an. Ein konkretes Datum für die Euro-Einführung taucht in der Regierungserklärung nicht mehr auf. Diese wäre frühestens 2012 möglich, wird jedoch von der Regierung eher hinausgeschoben. Die tatsächliche staatliche Gesamtverschuldung betrug im Jahr 2007 30,1 % des BIP. Damit liegt Tschechien noch weit unter dem Maastrichter Konvergenzkriterium von 60 %. Problematisch ist hierbei, dass der Staat immer noch in ineffizienter Weise sehr viel für die öffentliche Verwaltung ausgibt und für die Konsolidierung einiger Banken Finanzmittel bereithalten muss. Befürchtet wird zudem aufgrund außenwirtschaftlicher Einflüsse, aber auch des enormen Wachstums der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage ein deutlicher Anstieg der **Inflationsrate**, die 2008 sogar auf über 6 % im Vergleich zum Vorjahr hochschnellte. Dies macht restriktive, korrigierende Maßnahmen seitens der tschechischen Nationalbank notwendig, um die Inflationsentwicklung einzudämmen. Durch die gesunkene gesamtwirtschaftliche Nachfrage im Gefolge der Rezession geht die Inflation nunmehr deutlich zurück auf ca. 1 %.

Der **Privatsektor** hat sich nach der harten Phase der ökonomischen Systemtransformation fest etabliert und erbringt den größten Teil der tschechischen Wirtschaftsleistung. Privateigentum ist inzwischen die am weitesten verbreitete Form von Eigentum. Die Mechanismen des Markteintritts bzw. -austritts funktionieren, müssen jedoch verbessert werden, um die ökonomischen Anpassungsprozesse effizienter zu machen. Die tschechischen Unternehmen sind im Vergleich zu früheren Jahren wettbewerbsfähiger geworden, was auch auf die Hilfe durch den enormen Zustrom von Kapital durch ausländische Direktinvestitionen zurückzuführen ist. Ein Beispiel ist der Erwerb des tschechischen Automobilherstellers Škoda durch den Volkswagen-Konzern. Die Registrierung von neu gegründeten Unternehmen und betrieblichen Veränderungen ist weiterhin aufgrund bürokratischer Hürden unnötig langwierig. Auch die Bankenprivatisierung wurde bereits im Jahre 2001 weitgehend abgeschlossen. Die Rechtsangleichung an die EU ist im Justizbereich nahezu abgeschlossen.

In außenwirtschaftlicher Hinsicht kann festgestellt werden, dass **Tschechiens Außenhandel** seit dem EU-Beitrittsjahr 2004 bis zum Ausbruch der Weltwirtschaftskrise, die auch das Exportland Tschechien hart trifft, kräftig anstieg. Die tschechischen Ausfuhren nahmen 2007 um 15,0 % zu, während die Einfuhren um 13,1 % anstiegen. Tschechien erwirtschaftete damit nach 2005 zum dritten Mal in Folge einen leichten Handelsbilanzüberschuss. Unter den **Handelspartnern** der **Tschechischen Republik** steht **Deutschland** weiterhin mit einem Anteil von ca. 31,0 % der tschechischen Exporte und 28,0 % der tschechischen Importe mit deutlichem Abstand an erster Stelle. Der bilaterale Handel hat sich 2007 mit deutschen Einfuhren von 27,5 Mrd. Euro und deutschen Ausfuhren von 24,0 Mrd. Euro auf sehr hohem Niveau stabilisiert, bei einem Handelsbilanzüberschuss von 3,5 Mrd. Euro zugunsten Tschechiens. Die Tschechische Republik, die 2007 knapp 78 % ihres Außenhandels mit der EU abwickelte, liegt unter den mittel- und osteuropäischen Handelspartnern Deutschlands hinter Russland und Polen auf Platz drei und weltweit betrachtet an zwölfter Stelle. Tschechien strebt eine stärkere geographische Diversifizierung seiner Exporte durch Zuwächse auch auf Märkten außerhalb der EU (China, Indien, Russland etc.) an. Das Defizit der tschechischen Leistungsbilanz hat sich insbesondere wegen großer Dividendenabflüsse 2007 leicht verringert und betrug 3,0 % des BIP. Als Standort mit langer Industrietradition bleibt die Tschechische Republik für ausländische Investoren attraktiv. Der Zufluss an ausländischen Direktinvestitionen betrug 2007 knapp 6,7 Mrd. Euro. Tochtergesellschaften ausländischer Unternehmen sorgen heute für über 50 % der tschechischen Industrieproduktion, über ein Drittel der Industriebeschäftigung und ca. 70 % der tschechischen Exporte.

Der Arbeitsmarkt entwickelt sich durchaus günstig. Im Jahr 2008 lag die durchschnittliche **Arbeitslosenquote** sogar bei unter 5 % und damit deutlich unter den Werten großer europäischer Volkswirtschaften. Die EU-weite Rezession macht auch vor Tschechien nicht halt, auch wenn das Land von der Krise weniger hart betroffen ist als bspw. Spanien, Ungarn oder auch Deutschland. Für 2009 wird hingegen eine deutliche Schrumpfung der Volkswirtschaft auch aufgrund der zurückgegangenen Exporte prognostiziert.

Mehr und mehr ist die Tschechische Republik von ausländischen Arbeitskräften abhängig, besonders aus Polen, der Slowakei und der Ukraine (hier vor allem im Bausektor). Problematisch ist für die Investitionstätigkeit, dass Ausländer weder Immobilien noch Grundstücke kaufen können. Gleichwohl herrscht in Tschechien eine **starke regionale Differenzierung** hinsichtlich der Arbeitslosigkeit. Während in den „Boom-Regionen“ um Prag und Brünn Knappheitslöhne gezahlt werden und eine sehr niedrige Arbeitslosenquote herrscht, sind bspw. Nordböhmen oder Ostmähren von enormen strukturellen Verwerfungen mit hoher Arbeitslosigkeit von deutlich über 10 % gebeutelt.

Erhebliche **Infrastrukturmaßnahmen** mit entsprechenden finanziellen Kosten waren insbesondere nach den beiden Hochwasserkatastrophen 2002 zur Modernisierung des Eisenbahnwesens, der Energieversorgung und dem Ausbau des Straßennetzes notwendig. So besteht beispielsweise ein großer Teil des Eisenbahnnetzes aus einspurigen Verbindungen; nur auf einem kleinen Teil der Gesamtstrecke kann mit einer Geschwindigkeit von über 120 km/h gefahren werden.

Der **Umweltzustand** in Tschechien ist in vielen Bereichen noch immer erschreckend schlecht, d. h. es werden große Folgekosten auf die tschechische Volkswirtschaft zukommen (Waldsterben, Luftverschmutzung). Hier besteht trotz beträchtlicher Investitionen vor allem in die Verbesserung der Luft- und Wasserqualität noch immer erheblicher Nachholbedarf. Denn obwohl die Gesetzgebung im Umweltschutz mittlerweile längst die EU-Standards erreicht hat, führen beispielsweise die hohen Umrüstkosten (z. B. der Kohlekraftwerke) dazu, dass die praktische Umsetzung noch mangelhaft ist. Hier wurden in den Verhandlungen mit der EU lange Übergangsfristen zur Umsetzung der harten Umweltstandards vereinbart.

Tschechien ist abhängig von einer weiteren **realwirtschaftlichen Integration** in den europäischen Kernraum. Das Land will nicht die sozialen Absicherungen vieler „alter“ EU-Länder übernehmen, da es seinen komparativen Vorteil (Kostenvorteil im Vergleich zu anderen EU-Ländern) in den relativ kostengünstigen, gut ausgebildeten Arbeitskräften sieht. Durch die hohen Lohnnebenkosten (Kranken- und Rentenversicherung) würden die Lohnstückkosten allerdings steigen und die Produktion in Tschechien daher weniger attraktiv werden. Deutlich wird, dass Tschechien langfristig kein Billiglohnland ist, sondern eher technologie- und humankapitalintensive Zukunftsindustrien forcieren muss. Gerade durch den ungebrochenen Zustrom von ausländischen Direktinvestitionen, insbesondere aus Deutschland, findet eine Produktivitätssteigerung statt. Vor allem im intraindustriellen Handel und der industriellen Produktion von Halbfertig- und Fertigerzeugnissen (Fahrzeugtechnik, Maschinenbau etc.) zeigt sich das enorme Potenzial Tschechiens, das immerhin schon in den 1930er Jahren zu den am besten entwickelten Volkswirtschaften weltweit gehörte.

Kultur

Film (Miloš Forman – „Amadeus“, „Hair“, „Einer flog über das Kuckucksnest“; Jiří Menzel), **Musik** (Bedřich Smetana, Antonín Dvořák) und **Literatur** (Milan Kundera, Pavel Kohout, Ivan Klíma, Bohumil Hrabal) spielen für die TschechInnen mit ihrer typisch ironisch-humorvollen, für Deutsche manchmal etwas eigenwillig und spröde wirkenden Art, eine immens wichtige Rolle. Unlängst konnte in Deutschland die „Tschechische Bibliothek“ mit der Herausgabe des 33. Bandes abgeschlossen werden. Damit wurde zweifelsohne ein wichtiger Beitrag zur Steigerung des Bekanntheitsgrades unseres mitteleuropäischen Nachbarlandes geleistet. Sprachwitz, literarische Vielfältigkeit, tschechischer Humor und Experimentelles, aber auch eine düster-tragische Komponente kennzeichnen die Literatur unseres östlichen Nachbarn. Von Jaroslav Hašeks *Urschwejk* über Josef Jedlička, Jan Čep, Bohumil Hrabal, Milada Součková und Božena Němcová reicht die Liste dieser bislang einzigartigen Bibliothek bis Karel Čapek, einem der wichtigsten tschechischen Schriftsteller und Philosophen des 20. Jahrhunderts, sowie Jan Neruda. Und natürlich darf der berühmte Pädagoge und Dichter Johann Amos Comenius in dieser Aufzählung nicht fehlen. Im August 2007 wurde zum Abschluss der „Tschechischen Bibliothek“ im Berliner Schloss Bellevue ein großer Festakt mit den beiden Staatsoberhäuptern als Schirmherren veranstaltet.

Politik und Wirtschaft – kurz gefasst

- Politische Polarisierung und Lagerbildung bei fortgeschrittener Konsolidierung der Parteienlandschaft stark ausgeprägt
- Übergangsregierung durch den parteilosen Politiker Jan Fischer nach dem Sturz der Regierung von Ex-Ministerpräsident Mirek Topolánek
- Wirtschaftliche Rezession und Einbrüche in der Exportwirtschaft, daher Anstieg der zuvor moderaten Arbeitslosigkeit
- Ausgeprägte realwirtschaftliche Integration in den europäischen Kernraum, lange Zeit bis zum Ausbruch der Wirtschaftskrise hohe reale Wachstumsraten des BIP und des Handelsvolumens, hohe Produktivität der Industrie
- Externe Währungsstabilität gewährleistet, interne Stabilität der tschechischen Währung zwischenzeitlich gefährdet durch Anstieg der Inflationsrate auf 7 %; nunmehr deutlicher Rückgang der Inflation wegen der Rezession
- Fiskalische Konvergenz als Vorbereitung auf Beitritt zum Euro-Raum aufgrund des Staatshaushaltsdefizits noch nicht ausreichend
- Hohes Spezialisierungs- und Produktivitätspotenzial in der verarbeitenden Industrie und im intraindustriellen Handel
- Starke regionale Differenzierung, verstärkt durch Agglomerations- und Sogwirkung der Hauptstadt Praha
- Weiterhin bestehende soziale Ausgrenzung der ethnischen Gruppe der Roma
- Rückkehr Tschechiens ins kulturelle „Herz Europas“

Stand: Juni 2009